



## **Bürgermeister Friedrich Dellwig (1925-1934)**

### **Der mühselige Wechsel von Leonhard zu Dellwig (1925/26)**

(Quelle: Stadtarchiv Dortmund, Bestand 13, lfd. Nr. 26 [Verwaltung des Amtes Aplerbeck, 1906-1925])

Dreiundzwanzig Jahre nach seinem Dienstantritt fühlte Wilhelm Leonhard sich nicht mehr in der Lage, seine Tätigkeit als Amtmann von Aplerbeck fortzuführen. Am 4. März 1925 bat er mit Schreiben an den Vorsitzenden des Kreisausschusses Hörde um seine Entlassung aus dem Dienst und fügte die beglaubigte Abschrift eines Gutachtens des Kreisarztes über seinen Gesundheitszustand bei. Die durch den Regierungspräsidenten in Arnsberg ausgestellte Entlassungsurkunde datiert 22. Mai 1925 und sollte dem scheidenden Bürgermeister durch den Landrat verbunden mit dem Dank für langjährige treue Dienste ausgehändigt werden.

Tatsächlich hatte Leonhard seit November 1924 seinen Dienst wegen Krankheit nicht mehr ausgeübt. Seitdem lagen die Amtsgeschäfte in den Händen des Amtsbeigeordneten Dimmick, der sich aber außer Stande sah, diesen Aufgabenbereich über einen längeren Zeitraum auszuüben. Bereits am 12. März 1925 berichtete er: *„Der hiesige Amtsbezirk besteht aus 7 Gemeinden mit etwa 42.000 Seelen; die Kohlen- und Eisenindustrie ist hier vorherrschend. Seit der Erkrankung des Amtmanns liegt mir allein die Leitung des grossen Amtsbezirks mit seinen schwierigen Verhältnissen ob. Ehrenamtliche Beigeordnete sind nicht vorhanden; die Anträge auf Anstellung von solchen haben nach den in Abschrift beiliegenden Beschlüssen vom 24. Februar und 9. März cr. bisher zu keinem Ergebnis geführt. Es ist mir unmöglich, weiterhin die Geschäfte allein zu führen, namentlich alle Sitzungen, Termine usw., die fast täglich stattfinden, wahrzunehmen. Ich weise z. B. nur hin auf die zur Zeit einsetzenden Beratungen mit den Berufsvertretungen und Finanzkommissionen über die Haushaltspläne der 7 zerstreut liegenden Gemeinden, über die Feststellung dieser Pläne durch die Gemeindevertretungen, über die Beratung der Volksschul-, Berufsschul- und sonstigen Haushaltspläne mit den zuständigen Körperschaften (Schuldeputationen, Schulvorstände) usw.“* Dimmick schlug vor, den damals 48 Jahre alten Bürodirektor Friedrich Möllenhoff mit der Vertretung des erkrankten Amtmanns zu betrauen. Möllenhoff war bereits mehr als 30 Jahre für die Amtsverwaltung tätig, kannte die Verhältnisse deshalb bestens und besaß zudem die persönliche Eignung für diese Aufgabe. Nicht zuletzt war die Übernahme des Aufgabenbereichs durch Möllenhoff für die Verwaltung auch finanziell günstiger als die Anstellung eines auswärtigen Vertreters.

Am 30. Mai 1925 stellte der Oberpräsident der Provinz Westfalen fünf Amtmänner und Amtmannsanwärter für die kommissarische Besetzung der vakanten Bürgermeisterstelle von Aplerbeck zur Wahl. Zwei Bewerber waren wegen ihrer Berufserfahrung in die engere Wahl gekommen und hatten bei der persönlichen Vorstellung vor der Amtsversammlung jeweils einen guten Eindruck hinterlassen. In der Amtsversammlung vom 3. Juli wurde dann durch Abgabe von Stimmzetteln gewählt. Die Abstimmung führte zu einem Ergebnis von 15:14 Stimmen. Das knappe Ergebnis nützte dem Sieger nichts, da er hätte eine Zweidrittelmehrheit erreichen müssen. Wie Nachverhandlungen, die sich bis zu der Sitzung der Amtsversammlung am 28. September hinzogen, zeigten, hätte eine erneute Wahl zu keinem anderen Ergebnis geführt. Dimmick beantragte daraufhin beim Oberpräsidenten, die Amtmannsstelle nun zunächst kommissarisch zu besetzen.



Der Oberpräsident der Provinz Westfalen übertrug mit Schreiben vom 12. Oktober 1925 dem Amtsoberinspektor Friedrich Dellwig die kommissarische Verwaltung der Amtmannsstelle für das Amt Aplerbeck im Kreis Hörde.

Friedrich Dellwig, damals 36 Jahre alt, hatte sich rund sechs Wochen nach der gescheiterten Amtmannswahl vom 3. Juli vertraulich an den Landrat gewandt, um sich nach seinen Aussichten auf die Amtmannsstelle in Aplerbeck zu erkundigen. Vorweisen konnte er Erfahrungen in verschiedenen Verwaltungen, zuletzt in [Bochum-]Gerthe. Tatsächlich gehörte Dellwig dann zu der Runde der letzten drei Bewerber um die Amtmannsstelle, über deren Besetzung die Amtsversammlung am 28. September sich nicht einig werden konnte. Nun war die Wahl des Oberpräsidenten auf ihn gefallen. Er wurde durch Schreiben vom 12. Oktober angewiesen, bei seiner ihm vorgesetzten Behörde umgehend Urlaub zu beantragen und dem Landrat in Hörde mitzuteilen, zu welchem Zeitpunkt er seinen Dienst in Aplerbeck antreten könne. Der Oberpräsident wies Dellwig gleichzeitig darauf hin, dass eine Änderung des Gemeindeverfassungsgesetzes bevorstünde, die bewirke, dass künftig nicht mehr der Oberpräsident die Amtmänner ernennen, sondern dass diese durch die Amtsversammlung gewählt würden. Das Landratsamt in Hörde wurde am 12. Oktober von der kommissarischen Ernennung Dellwigs informiert. Der Landrat Hansmann sollte nach Ablauf von fünf Monaten über Dellwigs dienstliches und außerdienstliches Verhalten berichten.

Der Amtsbeigeordnete Dimmick lud die Gemeindevorsteher des Amtes Aplerbeck zum 27. Oktober zur Einführung des kommissarischen Amtmanns Dellwig in den Sitzungssaal des Amtshauses ein. Dellwig teilte dem Kreissausschuss in Hörde an diesem Tage mit, dass er die Dienstgeschäfte übernommen habe. Die formale Einführung Dellwigs als kommissarischer Amtmann des Amtes Aplerbeck erfolgte in der Amtsversammlung vom 7. Dezember 1925 in Gegenwart des Landrats Hansmann.

Kaum im Amt musste sich Dellwig bereits mit einer ersten heiklen Situation auseinandersetzen: Sein Vorgänger, Amtmann a. D. Leonhard, räumte die Dienstwohnung am Aplerbecker Marktplatz, auf die Dellwig nun Anspruch erhob, nicht. Die Leonhard vorgeschlagene neue Wohnung in Aplerbeck lehnte dieser wegen Lage und diverser Ausstattungsmängel ebenso ab wie Alternativvorschläge. So teilte Dellwig am 11. Dezember 1925 dem Landrat in Hörde mit, dass er gegen Leonhard eine Räumungsklage beim Amtsgericht in Hörde anstrenge.

Noch im selben Monat, nämlich mit Schreiben vom 29. Dezember 1925, berichtete Landrat Hansmann dem Regierungspräsidenten in Arnsberg von scharfen Angriffen verschiedener Mitglieder der Amtsversammlung gegen den neuen Amtmann Dellwig. Angriffspunkt war die Konfession des Amtmanns: Dellwig war Katholik. Kaum hatte Dellwig die Amtsgeschäfte übernommen, da kursierten in Aplerbeck bereits Unterschriftenlisten, mit denen der Wunsch nach einem evangelischen Amtmann unterstrichen werden sollte. Außerdem veröffentlichte die Tagespresse Berichte in diesem Sinne.<sup>1</sup> In der Amtsversammlung wetterten vor allem Glässing, Fabrikant aus Schüren und Sprecher der „wirtschaftlichen Vereinigung“ (Rechtsparteien), und Kühl gegen den wortbrüchigen Oberpräsidenten, weil dieser angeblich einen Amtmann evangelischer Konfession zugesagt hatte, was allerdings nicht den Tatsachen entsprach.

Hansmann führte aus, dass von den vom Oberpräsidenten vorgeschlagenen Kandidaten keiner die notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten hatte, weshalb nur die Möglichkeit der kommissarischen Besetzung der Amtmannsstelle übrig blieb. Dafür

---

<sup>1</sup> vgl. „Hörder Volksblatt“ vom 01.12.1925 („Zur Wiederbesetzung der Amtmannsstelle“)



war nur ein republikanisch denkender Mann geeignet, denn wie *„die letzten Wahlen gezeigt haben, steht die Bevölkerung des hiesigen Kreises in der Mehrzahl auf republikanischem Boden. Nur ein wirklich republikanisch gesinnter Amtmann hat in Aplerbeck Aussicht, die 2/3 Mehrheit zu erreichen.“* Aus diesem Grunde war Dellwig zum kommissarischen Amtmann ernannt worden.

In der Amtsversammlung vom 26. Januar 1926 fand die Amtsmannwahl statt.<sup>2</sup> Auf Dellwig entfielen 20 der 31 abgegebenen gültigen Stimmen; elf waren gegen ihn. Damit hatte der die geforderte Zweidrittelmehrheit knapp verfehlt. Dellwig erstattete zwei Tage später dem Landrat schriftlich Bericht über die Wahl. Demnach hatte die „wirtschaftliche Vereinigung“ Dellwig noch kurz vor Beginn der Amtsversammlung um eine Verschiebung der Wahl gebeten, was Dellwig jedoch abgelehnt hatte. Obwohl die Vertreter der „wirtschaftlichen Vereinigung“ betonten, nichts gegen Dellwig zu haben, im Gegenteil alle über ihn eingezogenen Auskünfte positiv ausgefallen seien, versagten sie ihm bei der Wahl die Unterstützung: *„Bezeichnend ist es im vorliegenden Falle, dass die wirtschaftliche Vereinigung keinerlei Gründe gegen mich vorbringen konnte, dennoch aber gegen mich gestimmt hat.“*

Landrat Hansmann bat den Oberpräsidenten in Münster in einem Schreiben, dass auch durch die Hände des Regierungspräsidenten in Arnberg ging, die Wahl Dellwigs zum Amtmann vorläufig nicht anzuerkennen. Nach Ansicht des Landrats hatte Dellwig sich bei seiner bisherigen Tätigkeit als kommissarischer Amtmann sehr bemüht, so dass angenommen werden müsse, dass die Mehrheit der Amtsversammlung tatsächlich hinter ihm stand. Dass er die bei der Wahl nicht erreicht hatte, sei auf die Verärgerung einiger Amtsverordneter zurückzuführen, deren Wunsch nach einer Verschiebung der Wahl nicht entsprochen worden sei. Für einen Aufschub hätten aber keine zwingenden Gründe vorgelegen. Bei einer Wiederholung der Wahl zu einem späteren Zeitpunkt würde Dellwig sicherlich gewählt werden. Mit Schreiben vom 20. Februar 1926 stimmte der Oberpräsident dem Vorschlag des Landrats zu. Derweil erbat sich Dellwig einige Tage Urlaub, um seinen Umzug nach Aplerbeck zu organisieren und persönliche Familien-Angelegenheiten zu regeln.

Ende April 1926, der kommissarische Amtmann war nun ein halbes Jahr im Dienst, wurde die Amtsversammlung zu einer Sitzung zusammengerufen, die keinem anderen Zweck als der Durchführung der Wahl des Amtsmannes dienen sollte. Amtsbeigeordneter Dimmick führte bei der Eröffnung der Sitzung aus, dass jeder Anwesende wüsste, worauf es ankäme und eine neuerliche Aussprache deshalb nicht notwendig sei. Tatsächlich erbat niemand das Wort. Die Wahl geschah durch Abgabe von Stimmzetteln in Briefumschlägen. 22 Amtsverordnete stimmten für Dellwig, sieben gegen ihn. Damit hatte der kommissarische Amtmann die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht.<sup>3</sup>

Der Oberpräsident ernannte durch Erlass vom 12. Juni 1926 den bisherigen kommissarischen Amtmann Dellwig zum Amtmann des Amtes Aplerbeck. Der Regierungspräsident übersandte dem Landrat die Ernennungsurkunde mit Schreiben vom 18. Juni. In ihrer Sitzung vom 1. Juli 1926 wurde die Amtsversammlung von der Ernennung informiert.

---

<sup>2</sup> vgl. „Hörder Volksblatt“ vom 27.01.1926 („Keine Zweidrittel-Mehrheit bei der Amtsmannwahl“)

<sup>3</sup> „Hörder Volksblatt“ vom 26.04.1926 („Die Entscheidung in der Amtsmannwahl“)



## Die große Affäre

War sein Weg bis zur endgültigen Anstellung als Amtmann schon beschwerlich gewesen, so war Dellwigs Dienstzeit es erst recht.

Schon am 10. April 1926 hatte der zu dem Zeitpunkt noch kommissarische Amtmann einen Brandbrief an den Landrat Hansmann in Hörde geschrieben und die äußerst prekäre Finanzlage des Amtes und der Gemeinden erläutert, die Rechnungen in Höhe von insgesamt rund 215.000 RM nicht bezahlten konnten, weil durch die Betriebseinstellung der Industrieunternehmen quasi alle Steuerquellen versiegt waren. Amtsbeamte und Lehrer erhielten nur noch 50 % ihres Gehaltes. Überweisungen seitens der Regierung blieben aus. Anleihen seien nur gegen Verpfändung von Steuereinnahmen zu erhalten, doch die seien schon seitens des Landkreises verpfändet worden. *„Es muss einleuchten, dass unter diesen Umständen die wesentlichste Voraussetzung für eine kommunale Selbstverwaltung, das Vorhandensein der erforderlichen Mittel, nicht mehr besteht und eine den Vorschriften entsprechende Verwaltung des Amtes und seiner Gemeinden trotz aller erdenklichen Sparmaßnahmen und Einschränkungen auf die Dauer unmöglich ist.“* Im März 1928 war das Defizit des Amtes Aplerbeck sogar auf 430.000 Mark gestiegen.

Zu der Zeit war auch die Eingemeindung des Kreises Hörde – und somit des Amtes Aplerbeck – nach Dortmund bereits im Gespräch.<sup>4</sup>

Ende November 1928 begann mit dem Konkurs der Gewerkschaft Reckhammer die Affäre „Dellwig“.<sup>5</sup>

Der Kauf des Betriebsgeländes der „Aplerbecker Hütte“ durch die Gewerkschaft Reckhammer Anfang 1928 war für die am Boden liegende Wirtschaft der Gemeinde Aplerbeck ein Silberstreif am Horizont. Nach einer Prüfung des Unternehmens durch Kommissionen der Gemeinde und behördliche Instanzen hatte die Gemeinde Aplerbeck eine Bürgschaft in Höhe von 350.000 Mark zu Gunsten der Gewerkschaft übernommen. Die Bürgschaft wurde durch verschiedene hypothekarische Eintragungen gesichert. Nun kursierten Gerüchte über den Bürgermeister Dellwig, wonach dieser von der Gewerkschaft zu äußerst günstigen Konditionen ein Haus kaufen wollte, das Teil der Sicherheit für die Bürgschaft sei, die die Gemeinde für das Unternehmen übernommen hatte. Als Urheber der Gerüchte galten „gewisse Kreise“, die ihm „nicht hold“ waren. Sowohl die Aufsichtsbehörde als auch die Staatsanwaltschaft wurden mit einer Untersuchung der Angelegenheit beauftragt. *„Die Sache befindet sich also bei durchaus objektiven Stellen.“*<sup>6</sup> Zuvor hatte die Gemeindevertretung in einer Dringlichkeitssitzung beschlossen, bei der Aufsichtsbehörde ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung gegen Dellwig und bei der Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Strafverfahrens wegen des Ankaufes des Hauses von der Gewerkschaft Reckhammer zu beantragen.<sup>7</sup>

Als Sprecher der Dellwig-Gegner tat sich rasch der Amts- und Gemeindevertreter Architekt Ludwig Emde hervor, der schon am 26. November 1928 eine Stellungnah-

---

<sup>4</sup> „General-Anzeiger für Dortmund ...“ vom 19.03.1928 („430.000 Mark Defizit des Amtes Aplerbeck“)

<sup>5</sup> Zur Affäre Dellwig vgl. außer den im Folgenden genannten Zeitungsartikeln auch: Stadtarchiv Dortmund, Bestand 111/01, Nr. 203/1 bis 203/7 (Disziplinarsache Dellwig)

<sup>6</sup> „Hörder Volksblatt“ vom 24.11.1928 („Zu den neuesten Aplerbecker Gemeindegerechten“)

<sup>7</sup> Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, lfd. Nr. 353 (Gemeinderatsprotokolle 1926-1929), Sitzung vom 21.11.1928





me in der Presse veröffentlichen ließ, in der er seine Sicht der Dinge darstellte.<sup>8</sup> Dellwig, der sein Amt niedergelegt hatte, nahm seine Tätigkeit Anfang Dezember 1928 wieder auf. Sein Anwalt stellte Strafanzeige gegen Emde, derweil der Betrieb bei Reckhammer normal weiterlief.<sup>9</sup>

Zum Jahresende war die Gewerkschaft Reckhammer dann Konkurs. Der günstige Häuserkauf des Bürgermeisters geriet nun endgültig ins Zwielflicht. Dellwig beantragte zur Klärung aller Fragen die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst.<sup>10</sup> Architekt Emde ließ allerdings veröffentlichen, dass das Disziplinarverfahren eine Folge eingehender Verhandlungen des Gemeindevorstehers Sonnenschein mit der Regierungsbehörde in Arnberg gewesen sei. Auch wurde bekannt, dass die Mitglieder sowohl der Rechts- als auch der Linksparteien kurz vor dem geplanten Zusammentreten der Amtsversammlung vom 2. Januar 1929 dem Bürgermeister Dellwig mitteilten, dass sie an keiner Versammlung unter dessen Vorsitz mehr teilnehmen würden. Daraufhin sagte Dellwig die Sitzung ab, allerdings mit einem Schreiben, dass er auf den 1. Januar zurück datierte.<sup>11</sup>

Nicht nur die Vertreter der Amtsversammlung lehnten eine Weiterarbeit mit Bürgermeister Dellwig ab. Auch der Vorstand der Aplerbecker Sparkasse entschloss sich zu diesem Schritt. An Dellwigs Stelle leitete der erste Amtsbeigeordnete Dimmick dann die Vorstandssitzung der Sparkasse.<sup>12</sup>

Wohl um die hoch schlagenden Wellen zu glätten, veröffentlichte der Kreissyndikus Möhring als Disziplinar-Untersuchungskommissar unter Berücksichtigung der laufenden Verfahren seine sachliche Sicht der Dinge.<sup>13</sup>

Seit Januar 1929 hatte Dellwig keine Amtsgeschäfte mehr versehen. Anfang April sollte der Kreis Ausschuss des Landkreises Hörde als Disziplinarbehörde in der Angelegenheit beraten. Diverse Befangenheitsanträge verhinderten einen reibungslosen Ablauf des Verfahrens. Mehrere Punkte der Anschuldigungsschrift gegen Dellwig sollten der Staatsanwaltschaft überwiesen werden. Dagegen wehrte dieser sich mit dem Argument, dass eine solche Vorgehensweise in Disziplinarangelegenheiten nicht üblich sei. Doch ließ sich der Kreis Ausschuss von dem Einwand nicht beirren.<sup>14</sup>

Die Staatsanwaltschaft stellte schließlich ihre Ermittlungen gegen den Aplerbecker Bürgermeister ein. Mitte Mai 1929 beriefen daraufhin Kreise, die „die Außerverfolgungsetzung des Bürgermeisters Dellwig in Aplerbeck nicht verstehen können“ eine allgemeine Volksversammlung ein. Aber wegen des noch schwebenden Disziplinarverfahrens wurde die Veranstaltung wieder abgesagt. Die Absage wurde aber offen-

---

<sup>8</sup> „Hörder Volksblatt“ vom 26.11.1928 („Zu den Aplerbecker Gemeindegörüchten“), vgl. auch „General-Anzeiger für Dortmund ...“ vom 27.11.1928 („Was ist Wahres an den Aplerbecker Gemeindegörüchten?“)

<sup>9</sup> „Hörder Volksblatt“ vom 03.12.1928 („Rechtsanwalt Schücking zu den Aplerbecker Görüchten“)

<sup>10</sup> „Hörder Volksblatt“ vom 31.12.1928 („Bürgermeister Dellwig beantragt gegen sich das Disziplinarverfahren“)

<sup>11</sup> „Generalanzeiger für Dortmund ...“ vom 04.01.1929 („Bürgermeister Dellwigs-Aplerbeck billiger Villenkauf!“)

<sup>12</sup> „General-Anzeiger für Dortmund ...“ vom 05.01.1929 („Der Aplerbecker Sparkassenvorstand will auch nicht unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dellwig tagen“)

<sup>13</sup> „Hörder Volksblatt“ vom 09.01.1929 („Die Disziplinarsache gegen Bürgermeister Dellwig“)

<sup>14</sup> „Hörder Volksblatt“ vom 05.04.1929 („Zum Fall Dellwig“) und vom 06.04.1929 („Zu dem Beschluß des Kreis Ausschusses im Falle Dellwig“)



bar schlecht kommuniziert. Die Aplerbecker Zentrumspartei, der auch Dellwig angehörte, lud ihre Mitglieder weiterhin zu der Versammlung, bei der der Bürgermeister die Ereignisse aufklären und erläutern sollte. Dellwig redete etwa eine Stunde vor seinen Parteifreunden und schloss mit dem Fazit, dass er dem Urteil der Aufsichtsbehörde über ihn in aller Ruhe entgegen sehe. Zu seiner langen Abwesenheit aus dem Amt erklärte er: *„erst habe er einen Krankheitsurlaub gehabt, als man dann aber diesen Urlaub immer wieder habe verlängern wollen, da sei hiergegen Einspruch erhoben worden und wo nun die Außerverfolgungsetzung verfügt sei, da habe er wieder Dienst tun müssen. Die Regierung [in Arnsberg] als objektive Stelle habe dieses verfügt.“* Die Mitglieder der Aplerbecker Zentrumspartei protestierten daraufhin *„entschieden gegen die Treibereien einiger Kreise bei dem Wiedereintritt des Bürgermeisters in den Dienst und erwarteten die alsbaldige Erledigung der Anklagepunkte durch die maßgebenden Behörden.“*<sup>15</sup>

In seiner Ausgabe vom 3. Juni 1929 teilte das „Hörder Volksblatt“ kurz und bündig mit: *„Bürgermeister Dellwig hat nunmehr seinen Dienst wieder aufgenommen.“* Der sollte aber nicht mehr lange dauern. Die Eingemeindung Aplerbecks nach Dortmund zum 1. August 1929 beendete seine Dienstzeit zwei Monate später definitiv. Zu seinen Tätigkeiten gehörten bereits vor dem Stichtag Arbeiten, die die Überleitung der Verwaltungsgeschäfte an die Stadtverwaltung Dortmund vorbereiteten. So musste er beispielsweise im Juli 1929 ein Verzeichnis der Protokollbücher der Körperschaften des Amtes Aplerbeck nach Dortmund einreichen und ebenso einen Nachweis über die im Amt vorhandenen Dienstsiegel und auch mitteilen, welche Postschließfächer vorhanden waren.<sup>16</sup>

In der Amtsversammlung vom 29. Juli 1929 dankte er nach Erledigung der Tagesordnungspunkte *„allen Amtsvertretern für die treue Arbeit, die während der Jahre für das Amt geleistet wurde. Nur durch gutes Zusammenarbeiten sei es möglich gewesen, das Amt, das infolge des besonders starken Rückganges der Wirtschaft mit seiner Industrie fast lahmgelegt wurde, zu erhalten. Besonderen Dank sagte der Bürgermeister den Beamten u. Angestellten der Amtsverwaltung, die durch treue Pflichterfüllung – in besonders anerkennenswerter Weise während der Inflations- u. Ruhrbesetzungszeit – ihre ganze Kraft in den Dienst des Amtes gestellt haben.“*<sup>17</sup>

### **Nach der Eingemeindung**

Erst nach der Eingemeindung wurde die Disziplinarverhandlung gegen den vormaligen Bürgermeister abgeschlossen. Von sämtlichen Anklagepunkten war bis zum Juni 1926 nur die Villenkauf-Angelegenheit aufrecht erhalten worden. Dellwigs Strafe in dieser Sache bestand in einem Verweis.<sup>18</sup>

Nachdem Friedrich Dellwig durch die Eingemeindung seine Stellung als Bürgermeister von Aplerbeck verloren hatte, kursierten bereits die nächsten Gerüchte über ihn. Angeblich hatte er für den Fall seiner sofortigen Dienstquittierung eine Entschädigung in Höhe von 130.000 Mark verlangt – *„Ein ganz nettes Sümmchen, mit dem*

---

<sup>15</sup> „Hörder Volksblatt“ vom 18.05.1929 („Was ist Wahres an der Bürgermeister Dellwig-Angelegenheit?“)

<sup>16</sup> Stadtarchiv Dortmund, Bestand 110, lfd. Nr. 147 (Eingemeindung der Ämter des Landkreises Hörde, Überleitung der Verwaltungen, 1929)

<sup>17</sup> Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, lfd. Nr. 180 (Protokollbuch der Amtsversammlung 1922-1929)

<sup>18</sup> „Hörder Volksblatt“ vom 26.06.1930 („Urteil in der Disziplinarsache Dellwig“)



sichs einigermaßen leben läßt!“ Die Stadt Dortmund soll aber nur bereit gewesen sein, 70.000 Mark zu zahlen.<sup>19</sup>

Dellwig quittierte den Dienst aber nicht. Obwohl es Widerstand gegen seine Übernahme in die Stadtverwaltung gab, gelang es ihm eine einflussreiche Position einzunehmen, nämlich die eines Magistratsrats im Wohlfahrtsamt. Mit dem Übergang der Machtverhältnisse an die Nationalsozialisten geriet auch der Zentrumspolitiker Dellwig in deren Blickfeld. Offen berichtete die Presse über unlautere Wege, die Dellwig beschritten haben soll, um in sein neues Amt zu gelangen.<sup>20</sup>

In den Ausgaben der Dortmunder Adressbücher für die Jahre 1933 und 1934 findet sich jeweils noch der Eintrag „Dellwig, Fritz, Bürgermeister a. D., Mag[istrats]rat, Apl. Marktplatz 20“. In den Folgejahren wird er nicht mehr genannt, woraus geschlossen werden muss, dass er die Stadt verlassen hat.

Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs findet sich Dellwigs Spur wieder. Die englische Besatzungsmacht setzte ihn mit Wirkung 1. August 1945 zum kommissarischen Amtsbürgermeister von Waltrop ein. Am 4. April 1946 wurde er dann – jetzt Mitglied der SPD – zum Amtsdirektor des Amtes Waltrop und in Personalunion zum Stadtdirektor gewählt. Seine eigentlich zwölfjährige Dienstzeit beendete er am 1. Oktober 1953 aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig.<sup>21</sup>

Im Januar 1956 wurde dem Amtsdirektor i. R. Dellwig, der jetzt in Castrop-Rauxel wohnte, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens durch den Bundespräsidenten verliehen, weil er sich in der Nachkriegszeit außergewöhnliche Verdienste um den Wiederaufbau des Amtes Waltrop erworben hatte.<sup>22</sup>

Friedrich Dellwig verstarb 1958.

---

<sup>19</sup> „Bürger“ (Bochum) vom 01.03.1930 („Dem Verdienst die Krone“)

<sup>20</sup> „Rote Erde“ vom 07.04.1933 („Oberbürgermeister Eichhoff geht in Urlaub“); sh. auch „Rote Erde“ vom 08.04.1933 („Zum Fall Dellwig“)

<sup>21</sup> „75 Jahre Heimatverein Waltrop 1935-2010. Festschrift“ auf [www.heimatverein-waltrop.de](http://www.heimatverein-waltrop.de), Stand: 10. Oktober 2012

<sup>22</sup> „Dortmunder Bekanntmachungen. Amtliches Organ der Stadt“, Nr. 4/1956 vom 27.11.1956 („Amtsdirektor i. R. Fritz Dellwig mit dem Verdienstorden ausgezeichnet“)